



Über 100 Milliarden Euro zu Unrecht gezahlt? AOK fordert Entlastung der Beitragszahler

Michael Fiedler

Die AOK stellt sich hinter die Klage des GKV-Spitzenverbands gegen den Bund. Seit Jahrzehnten tragen Beitragszahler Kosten, die eigentlich steuerfinanziert sein müssten – inzwischen über 100 Milliarden Euro. Ob die neue Gesundheitsministerin Nina Warken diesen Konflikt politisch entschärfen kann, bleibt offen.

Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, verwies auf die Dimension der Belastung: „Seit Jahrzehnten beklagen die Krankenkassen die chronische Unterfinanzierung der Gesundheitsversorgung von gesetzlich versicherten Bürgergeldbeziehern. Inzwischen sind über 100 Milliarden Euro von Beitragszahlenden aufgebracht worden, die eigentlich aus dem Steuertopf hätten kommen müssen.“

Die AOK begrüßt daher ausdrücklich, dass mit der Klage Klarheit geschaffen werden soll. Zugleich setzt sie auf die politische Lösung: Gesundheitsministerin Nina Warken habe mit der Einsetzung einer Kommission zur Stabilisierung der GKV-Finzen und einer kurzen Frist für Empfehlungen zwar die Dringlichkeit erkannt. Ob es ihr aber gelingt, sich im Kabinett gegen Bundeskanzler Friedrich Merz und Finanzminister Lars Klingbeil durchzusetzen, sei noch unklar.

Die Ausgangslage ist angespannt. Trotz historischer Beitragssatzsprünge zu Jahresbeginn bleiben die Rücklagen der GKV unzureichend, während die Ausgaben derzeit mit über acht Prozent pro Jahr deutlich steigen. Vor diesem

Hintergrund droht der juristische Weg zu einer langwierigen Auseinandersetzung – es sei denn, die Bundesregierung nimmt die Forderungen der Kassen nach einer stärkeren Steuerfinanzierung kurzfristig auf.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4945937/Ueber-100-Milliarden-Euro-zu-Unrecht-gezahlt-AOK-fordert-Entlastung-der-Beitragszahler/>